

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Sonntags u. wird den Mitgliedern gratis zugewandt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal oder 3 Mark jährlich.

Redaktion u. Expedition: Wien, Seidnergasse 2. Druckerei: Dr. A. Müller, Reichsdruckerei, Montag-Strasse 10. Anzeigen: Dr. A. Müller, Reichsdruckerei, Montag-Strasse 10. Druckerei: Dr. A. Müller, Reichsdruckerei, Montag-Strasse 10.

Der Wert des Lohnes zur Kriegszeit.

Im Maiheft der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ untersucht in einem Aufsatz Axel von Uexküll auf Grund authentischen Materials die Entwicklung des Reallohnes zur Kriegszeit. Da die Ausführungen Uexkülls besonders in Arbeiterkreisen weiteste Beachtung verdienen, lassen wir sie hier folgen:

Die Nominallohne der gewerblichen Arbeiter zur Kriegszeit, ihre Erhöhung gegenüber den letzten Friedensjahren hat in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift (der „Deutschen Arbeit“, S. 8.) Kurt Schmitt geschrieben, und hat sich der Schluß gezogen, aber sehr notwendigen und verdienten Aufgabe unterzogen, die immer noch in weiten Kreisen verbreiteten Fiktionen über die angeblich enormen Wertsteigerungen des Geldes und damit verbundenen Wertverlust der Arbeiter auf Grund authentischen Materials aufzuklären. Im Hinblick auf wissenschaftliche Darstellung ist es aber sehr zu bedauern, daß eine Steigerung der Höhe, die aber weit hinter den von manchen Seiten gefälschten geäußerten Vorstellungen zurück bleibt und nur in einigen Berufen besonders größer ist als die in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Wozu kann auch die tatsächlich gezahlten Löhne, die Nominallohn, im Kriege besser sein als im letzten Friedensjahr, wenn sie auch in der Krieg- und Rüstungsindustrie teilweise erheblich höher sein müssen, ist damit die Behauptung der Arbeiterschaft während des Krieges auch eine bessere, gehobene geworden? Mit anderen Worten: Konnte der Arbeiter mit seinem gesteigerten Verdienste sich nun auch mehr Lebens- und Konsumbedürfnisse beschaffen als im Frieden, ist die Kaufkraft des Lohnes die gleiche geblieben wie vorher? — Ein jeder, der mit seinem aus Lohn oder Gehalt stammenden Einkommen jetzt auskommen will, weiß, daß dies nicht der Fall ist, daß nicht nur die Lebensmittel im engeren Sinne, sondern auch alle übrigen Lebens- und Konsumbedürfnisse weit höher im Preise gestiegen sind als der Lohn, den er erhielt, aufgehoben hat. Das weiß der Arbeiter, der sieht, wie sein gegenüber früher bezahlter Wochenlohn sich nunmehr zu Ende geht, obgleich er weniger einfließt wie früher, das weiß die Hausfrau, deren schon vor dem Kriege knapper Haushaltsgeld jetzt kaum mehr hinreicht, um nur das Notwendige einzukaufen. Aber weite interessierte Kreise in Industrie und Landwirtschaft glauben es heute immer noch nicht. Es erscheint daher eine Untersuchung über die Entwicklung des Reallohnes während der Kriegszeit, das ist das Verhältnis zwischen der Höhe des tatsächlich gezahlten Lohnes und den Preisen der wichtigsten Lebensbedürfnisse, auf Grund einwandfreien Materials dringend geboten.

Sehen wir uns dazu die Lohnsteigerungen, wie sie K. Schmitt berechnet hat, zunächst einmal an. Am stärksten waren diese in den Berufsgenossenschaften der Metallindustrie. Hier kamen von 1913 bis 1915 Lohnaufbesserungen bis zu 21 Prozent vor, aber nur vereinzelt überstiegen sie den Satz von 10 bis 15 Prozent, blieben vielfach auch darunter. In den Berufsgenossenschaften der

übrigen Industrien und Gewerbe waren die Lohnsteigerungen von Ausnahmen abgesehen, geringere, der Durchschnitt schwankte hier etwa zwischen 8 und 10 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einer Anzahl anderer Berufsgenossenschaften, so in einigen Textilindustriellen, Bau- und Holzgewerblichen die auf den Kopf der Vollarbeiter durchschnittlich entfallende Lohnsumme im 1916 geringer war als im letzten Friedensjahre. Das trifft — worauf hier nebenbei hingewiesen sei — auch für eine Anzahl Angestellten-Gehälter zu, nämlich in den Gewerben und Handwerken, die sich nicht an die Kriegsteuerungen im wesentlichen Sinne des Wortes anschließenden Handel und haben von der wirtschaftlichen Konjunktur, die eine außerordentliche Kriegskonjunktur ist, nicht teilhaben können. Diese Konjunktursteigerung ist aber nicht nur in der Metallindustrie im letzten Friedensjahre mit rund 10 Prozent, sondern in weiten Kreisen.

Wie stellen sich demgegenüber die Preissteigerungen der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse? — So sehr in unserer Schrift „Der Konsum in der Kriegswirtschaft“ die durchschnittlichen Ausgaben für die wichtigsten Lebensmittel in einer vierjährigen Periode mit einem Gesamt-Einkommen von rund 2000,- im Sommer 1914 gegenüber dem 1913 zu vergleichen versucht, und zwar erst danach bei durchgehenden im Frieden ermittelten Durchschnittspreisen (Mittelwertrechnungen mehrerer Mittelklassen, veranlaßt vom Kaiserlichen Statistischen Amt im Jahre 1907, Durchschnittspreisen von 100 Metallarbeitern und des amtlich festgelegten Verpflegungssatzen eines Mannes). Die Preise sind zum Teil der vom Preussischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Monatshefte“, zum Teil den vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veröffentlichten Preisauswertungen entnommen. In der Annahme also, der Verbraucher wäre im zweiten Kriegsjahre der gleiche geblieben wie im letzten Friedensjahre, ergaben sich folgende Preissteigerungen pro Monat:

Eine vierköpfige Familie hätte monatlich im Herbst 1916 gegenüber dem Sommer 1914 mehr ausgegeben:

Ware	in Mark	in Prozent
Fleisch	18.85	76.59
Brot	5.28	108.49
Butter	5.81	61.31
Fett und Margarine	1.71	60.42
Eier	0.84	49.41
Kartoffeln	1.97	71.68
Grüsen	1.44	163.60
Binsen	1.23	170.88
Bohnen	0.92	195.66
Pohl	0.08	14.30
Bier	4.00	114.26
Wohl	1.09	8.20
Kaffee	0.29	8.10
Zucker	0.82	18.18
Insgesamt	39.29	60.82

Berechnung hat eine durchschnittliche Familie im Monat 82,4 Mark und 80,82 Proz. nach der zweiten eine vollkonsumierende Person 17,15 Mark, sind 78,34 Proz. mehr auszugeben, somit also fast 18 Prozent mehr. Diese Erhöhung der Ausgaben ist einmal darauf zurückzuführen, daß hier das Ausgangsjahr nicht das letzte Friedensjahr 1914, sondern 1907 ist, in dem die Preise der wichtigsten Lebensmittel noch zum Teil bedeutend tiefer standen als in 1914, obwohl aber auch der April 1916 höhere Preise aufwies als der Herbst 1915.

Was aber diese zweite Erhebung besonders wertvoll macht, ist, daß hier nicht allein nur die Preissteigerungen berücksichtigt sind, sondern auch den Bedarfsverschiebungen und Bedarfsbeschränkungen volle Rechnung getragen ist. Würde der gleiche Verbrauch wie im Frieden 1907 zugrunde gelegt, so würde die Mehrbelastung eine ungleich höhere sein. Aber es haben ja im Kriege Bedarfsverschiebungen im weitesten Maße (ich nenne nur Kaffeetarrogate statt Bohnenkaffee, Marmelade, Kunsthonig statt Butter, Fisch statt Fleisch usw.), sowie Bedarfsbeschränkungen zwangsweise infolge Rationierung des Verbrauchs und freiwillige infolge der oft sehr starken Verteuerung stattgefunden. Dies alles ist in der zweiten Berechnung berücksichtigt, und deshalb bietet uns diese ein Bild von der tatsächlichen Mehrbelastung im Kriegshaushalt.

Und wie stellen sich demgegenüber die Mehrerinnahmen infolge der Lohnsteigerungen? — Nach dem in unserem Buch „Löhne und Lebenslöhne im Deutschen im 19. Jahrhundert“ niedergelegten Material ergibt sich von 1907 bis zum Jahr vor dem Kriegsausbruch 1914 eine zum Teil nicht unbedeutliche Lohnsteigerung. Im Durchschnitt der Jahre ist die Lohnsteigerung im Durchschnitt mit vier Millionen im Durchschnitt geblieben. Dies war eine Lohnsteigerung von 20 bis 30 Proz. zu berücksichtigen. Dagegen blieben die in anderen Wirtschaftszweigen, wie zum Beispiel im Handwerksbereich, bedeutend hinter zurück (etwa 5 bis 6 Proz.). Eine ungefähre gleiche Lohnsteigerung erzielten die Bergarbeiter. Im Durchschnitt blieben die realen Lohnsteigerungen auf 10 Proz. in den Durchschnittsjahren zwischen 1914 bis 1916, während das vorausgesetzte Defizit von 1915 bis 1916 eine Lohnsteigerung von weiteren 30 Proz. an sich selbst zu verzeichnen ist, so würden wir für diejenigen Gewerbe und Berufe, die an der Lohnsteigerung überaus beteiligt waren, eine Erhöhung ihres Einkommens von 1907 bis 1916 auf rund 30 Proz. feststellen können.

Und nun stelle man die Mehrausgaben daneben! Nach den sorgfältigen Erhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hatte sich die Führung des Haushalts im Kriege, im Mai April 1916, wie wir sehen, um mehr als 75 Proz. pro Kopf verteuert. Die Mehrbelastung durch die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel übertraf somit die durch die Lohnaufbesserung erzielten Mehrerinnahmen, mit andern Worten; trotz der Steigerung der Reallohnsteigerung ging im Kriege der Reallohn infolge der außerordentlichen Verteuerung der Lebensmittel ganz erheblich zurück. Und dabei sind in unserer Berechnung nur die Lebensmittel im engeren Sinne berücksichtigt. Aber Kleidung, Schuhwerk, Heizung und viele andere notwendige Lebensbedürfnisse haben sich ebenfalls im Kriege, und zum Teil ganz beträchtlich verteuert. So standen nach der Untersuchung des Kriegsausschusses die Ausgaben für Kleidung u. Schuhe im Kriegshaushalt um 17,4 Proz., die für Heizung und Beleuchtung um 28 Proz. höher als im Friedensjahr 1907. Nun ist freilich zu betrachten, daß die Familien der Kriegserhebung andere als die der Friedenserhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, und ferner, was bei einem Vergleich der Ausgaben für Kulturbeliefernisse im weiteren Sinne (nicht dagegen in gleicher Weise bei einem Vergleich der Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel) — sehr in die Waagschale fällt, gehörten sie im allgemeinen höheren Einkommensstufen an als die der Friedenserhebung. Man wird also nicht ohne weiteres sagen können, die Ausgaben für Kleidung hätten

um 17 Proz. mehr als im Friedensjahr 1907 zugenommen und die Heizung um 28 Proz. erhöht. Dagegen wird dieser Aufwand weniger bezuglich der Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel erhöht werden können. Hier wird man mit Recht behaupten können, die Führung des Kriegshaushaltes hat sich rund um 75 Proz. gegenüber dem Friedenshaushalt im Jahre 1907 verteuert. Ein erheblicher Rückgang des Reallohnes in der Kriegszeit dürfte somit unbestreitbar sein.

Die Folgerungen, die hieraus zu ziehen sind, ergeben sich von selbst. Eine Ermäßigung der Preise der Lebensmittel, wie überhaupt der notwendigen Lebensbedarfsgegenstände ist während des Krieges, und wohl auch im ersten Jahre nach dem Kriege, kaum zu erwarten. Eine Erhöhung der Löhne dagegen muß mit aller Nachdruck gefordert werden. Und die meisten Betriebe, vor allem die, die an Kriegslieferungen beteiligt sind sind dazu auch sehr gut in der Lage. Die Gewinne, die sie erzielen, sind — soweit sie überhaupt der Öffentlichkeit bekannt werden — so enorm groß, daß es eine Pflicht ihrerseits ist, solche Löhne und Gehälter zu zahlen, daß die Arbeiterschaft bei den stark gestiegenen Preisen für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse selbständig auskömmlich zu leben vermag. Der Krieg bringt gerade genug Einschränkungen und Entbehrungen mit sich, die, da eben notwendig, willig hingenommen werden. Das Leben der Arbeiterschaft sollte aber nicht noch dadurch erschwert werden, daß die Löhne ungenügende sind. Pflicht gegenüber dem Vaterlande, der Zukunft unserer Nation ist es, den Arbeitern solche Entlohnungen zu zahlen, die es ihnen ermöglichen, sich ihre Familien und Kinder soweit und so gut, wie es die erschwerten Verhältnisse im Kriege erlauben, zu ernähren, und sich ein besseres geistiges und körperliches Leben zu verschaffen, denn auch im Kriegsjahre muß die Pflicht gegenüber dem Vaterlande nicht ein wenig vernachlässigt werden. In der Kriegszeit ist die Pflicht gegenüber dem Vaterlande, die im Kriege erloschen ist, wieder zu beleben und zu erneuern.

Dem Frieden entgegen.

So schwer und oft auch die Last des Krieges wird, und so langsam unter dieser Last voranschreitend ist — das Fehlen ist und doch allen gemein, und die Beihilfe und Unterstützung aller ist notwendig, wenn er endlich ein Ende finden soll. Da den U-Dooten und ihren Angehörigen in letzter Befehlsbefugnis hängt das Herz des jungen Volkes. Sie wirken unauffällig an der Überwindung unserer mächtigen Feinde, die sie nicht unsere Friedenshand haben die Feinde übermäßig ausgeschlagen. Nun gut, unsere U-Dooten werden im zum Frieden bringen. Keine höhere Gewähr für den Frieden als eine erfolgreiche U-Dootentätigkeit! Jeder Tag bringt uns ihm näher.

Erwarten wir so von unseren U-Dooten und U-Doot-Gelben, daß sie den Frieden erzwängen werden, dann dürfen wir hoffen, daß sie aber auch um seinen Preis im Stich lassen. Nur um und den Frieden zu bringen, verrichten ihre ja ihr erstes und wichtigstes Werk. An und ist es, bevor zu sagen, daß der U-Doot-Erfolg ein immer größerer wird, daß unseren Gelben Betriedshoffe und Missionen nicht ausgehen. Das kostet Geld, und wieder hat in einer denkwürdigen Zusammenkunft der Reichstag einen 15-Milliarden-Kredit bewilligt. Es wird also in Kürze wieder an und der Ruf ergehen, Kriegsanleihe zu zeichnen.

Trotz der günstigsten Zeichnungsbedingungen verfügen aber viele unserer Leser nicht über die nötigen Mittel, um sich gleichfalls an den Zeichnungen beteiligen zu können. Alle diese wird es gewiß interessieren, daß unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung genau wie bei der letzten, so auch bei der bevorstehenden neuesten Kriegsanleihe die so überaus vorteilhafte Kriegsanleihe der Versicherung zu unterstützen gedankt. Sie vereint nicht nur das Angenehme mit dem Nützlichen, sondern auch das Nützliche mit dem Notwendigen. Wer nämlich von dieser Zeichnungsmöglichkeit Gebrauch macht, schießt gleichzeitig eine Versicherung nach Tarif 2 der Volksversicherung auf den Todes- und Erbensfall ab, und zahlt deshalb bei der Zeichnung nur ein Viertel der Zeichnungssumme in bar. Die Zinsen dieses Viertels werden dem so Versicherten durch Kürzung der an sich schon sehr mäßigen monatlichen oder vierteljährlichen Beitragsbeiträge vergütet.

